

Protokollauszug

aus der

38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vom 20.02.2024

öffentlich

**Top 5.6 Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes
23/SVV/0966
geändert beschlossen**

Frau Meier schildert die Situation in Bayern und macht dabei deutlich, dass es diese Struktur im Land Brandenburg nicht gibt. Sie regt an, mit dem MSGIV in Kontakt zu treten, um ein Modellprojekt zu initiieren.

Frau Meier regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an das MSGIV heranzutreten, ein Modellprojekt zu initiieren, mit dem Ziel stationäre psychiatrische Einweisungen zu vermeiden bzw. deutlich zu verringern.

Ziel des Projektes ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerks an psychosozialer Betreuung in akuten Krisensituationen im Land Brandenburg. Vorbild könnte hierbei der psychosoziale Krisendienst der bayrischen Bezirke sein“

+ die 5 Eckpunkte aus dem Ursprungsantrag.

Auf Nachfrage betont Frau Meier, dass sowohl das MSGIV wie auch die Krankenhäuser ein großes Interesse daran haben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, aktiv in Verhandlungen mit dem Landkreistag sowie mit dem Land Brandenburg zu treten, um die Gründung eines psychischen Krisendienstes zu initiieren.~~

~~Ziel soll sein, ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, das auf die spezifischen Bedürfnisse der Region abgestimmt ist und eine effiziente, zielgerichtete Hilfe für Menschen in psychosozialen Krisensituationen gewährleisten kann. Darüber hinaus wird angestrebt, eine Kooperation mit den umliegenden Landkreisen zur Konzeption und Realisierung des Krisendienstes zu etablieren.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an das MSGIV heranzutreten, ein Modellprojekt zu initiieren, mit dem Ziel stationäre psychiatrische Einweisungen zu vermeiden bzw. deutlich zu verringern.

Ziel des Projektes ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerks an psychosozialer Betreuung in akuten Krisensituationen im Land Brandenburg. Vorbild könnte hierbei der psychosoziale Krisendienst der bayrischen Bezirke sein.

Die Initiative soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:

1. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle mit einer kostenlosen, rund um die Uhr erreichbaren Telefonnummer für Menschen in psychischen Krisensituationen.
2. Schaffung mobiler Teams aus Fachkräften, die vor Ort unterstützen und bei Bedarf

fachärztliche Hilfe hinzuziehen können.

3. Klare Strukturierung und Bündelung der vorhandenen Hilfsangebote zur besseren Orientierung und schnelleren Vermittlung für Hilfesuchende.
4. Evaluation der Initiative durch eine unabhängige Stelle, idealerweise durch die Universität Potsdam, um die Wirksamkeit des Krisendienstes zu gewährleisten und kontinuierlich zu verbessern.
5. Aktive Einbeziehung vorhandener psychosozialer sowie ehrenamtlicher Organisationen in das Netzwerk des Krisendienstes.

Dem GSWI und dem JHA ist über den Stand der Umsetzung halbjährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 0 |